

steuerung Deutschlands. Die Bemühungen um die Freundschaft Frankreichs, über denen wir die Zuneigung Englands und Italiens versichert haben, sind vergeblich geblieben. Die deutsche Außenpolitik hat das vorausgesagte Fiasko erlitten. Wir sitzen glücklich zwischen sämtlichen Stühlen.

Es wird nun nichts anderes übrig bleiben, als uns bedingungslos in die Hände unserer Gegner zu geben. Ob diese das ganze Spiel eingeleitet haben, um Deutschland in eine Art Antifaschistfront einzuziehen und es als Sturmböck gegen Rußland oder wenigstens als Aufmarschgebiet zu benutzen, ist wahrscheinlich. Der Jubel des offiziellen französischen Regierungsblattes deutet den deutsch-russischen Konflikt in dieser Richtung. Der „Temps“ schreibt mit einem deutlich herausgehörten Unterton der Schadenfreude:

„Es ist das ein Zeichen der Zeit. Die Affäre rückt die deutsch-russischen Beziehungen, die sich seit einiger Zeit eigentümlich geändert haben, in ein durchaus neues Licht. Es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß die Politik der russisch-deutschen Zusammenarbeit, die nach Rapallo erhofft wurde, Gefahr läuft, mit einem Fiasko zu enden. Der Wendepunkt war der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. An dem Tage, wo Deutschland auf die Politik des planmäßigen Widerstandes gegen den Friedensvertrag von Versailles verzichtet hatte und verkündete, daß sein Interesse eine Zusammenarbeit mit den westlichen Mächten erforderlich macht, daß es in Genf die besten Chancen hat, politisch und wirtschaftlich seinen Platz in Europa wieder zu gewinnen, stand die Frage der Beziehungen zwischen Berlin und Moskau in einem ganz neuen Lichte. Man mochte mit größter Sorgfalt den notwendigen Ueberwag vollziehen haben, um die Entwicklung von Rapallo auf Genf zu mastrieren. Es ist aber sicher, daß die Politik der Zusammenarbeit mit den Westmächten an die Stelle der Zusammenarbeit mit den Sowjets getreten ist. Nach den Erfahrungen von fast acht Jahren gelangt man in Berlin zu der Auffassung, daß eine politische Zusammenarbeit mit Moskau überhaupt nicht möglich ist und auch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der

Sowjetunion solange ein Bluff bleibt, als die kommunistischen Methoden in Rußland fortbestehen. Man muß wünschen, daß diese Lehre auch für die nicht verloren geht, die sich eigentümlichen Illusionen über den auswärtigen Handel mit Sowjetrußland hingeben.“

Die Londoner Presse ist womöglich noch deutlicher. So schreibt die konservative Daily Mail, nach der Rückkehr Stresemanns aus Genf werde zweifellos eine sehr entschlossene Haltung gegenüber der Sowjetregierung eingenommen werden. Der regierungsoffizielle Daily Telegraph meint, die deutsch-sowjetrussischen Auseinandersetzungen klärten wichtige politische Fragen. Ganz besonders bedeutsam sei die Entscheidung der Berliner Regierung. Diese werden als eine ausgedehnte Veränderung in der außenpolitischen Linie des Reiches und als Zeichen einer neuen Solidarität zwischen den großen Westmächten gegen die Sowjetunion bewertet. Es sei auch symptomatisch, daß Stresemann Genf verlassen habe, ohne auf die Ankunft Litwinows zu warten. In englischen diplomatischen Kreisen nehme man an, daß die Verträge Deutschlands mit der Sowjetunion, die in Rapallo und Berlin abgeschlossen wurden, bald begraben sein werden, daß man am Vorabend der Kündigung dieser Verträge stünde.

Das eine ist wohl richtig, daß eine neue Ära der deutschen Politik angebrochen ist, wenn wir dabei auch die Geschobenen sind. An eine „Solidarität“ mit den Westmächten können wir allerdings vorerst nicht glauben, es sei denn an eine solche, welche die Vorteile aus dem Geschäft allein für die Westmächte reserviert. Wir haben in den letzten zehn Jahren auf diesem Gebiete unsere Erfahrungen gemacht.

Rußland will antworten.

Berlin, 16. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist dem Außenkommissar heute der Bericht Krejinskis über seine Besprechungen mit dem Reichsarchitektenminister zugegangen. Heute abend wird eine außerordentliche Sitzung des Rates der Volkskommissare und des politischen Büros stattfinden, in der Tschitscherin und Karachan Bericht erstatten werden. Die Sowjetregierung beabsichtigt, unabhängig vom Schritte der Reichsregierung und den Schritten des deutschen Vorkaufers in Moskau der Reichsregierung eine erschöpfende Erklärung über die Verhaftung der Ingenieure zu geben.

Berlin, 16. März. Der Sowjet-Botschafter Krejinski hat, wie die in Berlin erscheinende russische Zeitung Kuli zu wissen glaubt, gestern nach der Unterredung mit Dr. Stresemann in Moskau telegraphisch um die Erlaubnis nachgesucht, persönlich über den unglücklichen Einbruch, den die Verhaftung der deutschen Ingenieure in Deutschland hervorgerufen hat, zu berichten.

Moskau, 16. März. Prawda schreibt zur Verhaftung der deutschen Ingenieure u. a.: Es handele sich um lebenswichtige, notwendige Akte des Selbstschutzes der Sowjet-Union gegen konterrevolutionäre Versuche (?). Die Sowjetregierung trage keine Schuld daran, wenn einzelne ausländische Bürger an diesen Versuchen teilnahmen. Es sei die Pflicht aller mit der Sowjetregierung befreundeten Mächte, die Einmischung ihrer Bürger in die Angelegenheiten der Sowjet-Union nicht zu billigen und der Sowjetregierung in ihrem Bunde, derartigen Einmischungen ein Ende zu machen, entgegen zu kommen. Der Beschluß der Sowjetregierung, die Teilnehmer an den Komplotten im Donzobek den öffentlichen Gerichten zu übergeben, biete Gewähr dafür, daß die öffentliche Stimmung des Auslandes die Möglichkeit haben wird, laufend Einblick in das Aktenmaterial zu nehmen.

Patentlösung der Kriegsschuldfrage?

Deutschland soll den ganzen Kram übernehmen?

Berlin, 16. März. Meldungen von Wien über die Regelung der Kriegsschulden rufen in Berliner politischen Kreisen das größte Interesse hervor. Man betont, daß die gesamten Fragen der Liquidation des Krieges und seiner Folgen durch den amerikanischen Vorschlag von allseitigen Antikriegsverträgen in ein neues Stadium getreten sind. England scheint der Ansicht zu sein, daß das Reparationsproblem und auch die Rheinlandräumung am einfachsten zu lösen wäre, wenn die sämtlichen Kriegsschulden der Alliierten an Amerika auf Deutschland übertragen würden. Auf weitergehende Reparationsansprüche sollten die Alliierten dann einfach verzichten.

Noch afghanische Orden.

Und Herzogsmantel.

Berlin, 16. März. Der König von Afghanistan hat, wie nunmehr bekannt wird, nach seiner Abreise durch den hiesigen afghanischen Gesandten dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichstagspräsidenten den höchsten afghanischen Orden Amir-e-Ma sowie den dazu gehörenden roten Herzogsmantel zur Erinnerung an seine Deutschlandreise überreichen lassen. Wie verlautet, haben der Reichspräsident und der Reichskanzler aus Gründen der internationalen Höflichkeit die afghanischen Orden als Erinnerungszeichen angenommen. Reichstagspräsident Brüder hat die Annahme der Auszeichnung verwweigert. (Herzog 22de, das wäre auch wirklich nicht gegangen. C. B.)

Tarifkonflikt im Bankgewerbe.

Berlin, 16. März. Ueber die Verlängerung des Reichstags tarifs für die Bankangestellten, der am 31. März abläuft, fanden heute Verhandlungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber statt. Sie wurden ergebnislos abgebrochen. Der Deutsche Bankbeamtenverein hat die Einsetzung einer Schlichtungskommission beantragt.

Berlin, 16. März. Der Schlichtungsausschuß füllte gestern noch ergebnislos Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Großberliner Brauereien einen Schlichtungsanspruch, der auf ein Jahr gilt und für sämtliche Arbeiter in der Großberliner Brauindustrie eine wöchentliche Zulage von 1 Mark vorsieht.

Der Postetat.

Vorläufig keine Erhöhung der Fernspreckgebühren.

Berlin, 16. März. Im Reichstag wurde heute die zweite Beratung des Reichshaushaltplans für 1928 fortgesetzt, und zwar wendet sich das Haus dem Etat des Reichspostministeriums zu. Verbunden mit der Beratung werden kommunistische Anträge, die dem Reichspostminister Schädel das Mißtrauen aussprechen und ferner die Aufhebung des Reichspostfinanzgesetzes fordern.

Reichspostminister Schädel weist darauf hin, daß er den Reichstag über die Entwicklung der Reichspost durch Uebermittlung der monatlichen Geschäftsberichte unterrichtet habe. Die Finanzlage gestatte es nicht, bei den Neubauten und den Neuanlagen von Fernspreckämtern im bisherigen Tempo fortzuführen. Für das Jahr 1928 müsse sich die Post auf eine Anleihe von 50 Millionen beschränken. Sollten sich die Einnahmen günstiger gestalten, als der Vorschlag, so werde das Ministerium weitere Mittel für Fernspreck- und Postwesen anfordern. Zu den Beschränkungen wegen einer Erhöhung der Fernspreckgebühren erklärt der Minister, daß Gebührenerhöhungen so lange nicht in Frage kommen würden, als der jetzige Freihaushalt der Wirtschaft bestehen bleibt.

Der Reichspostminister stellte fest, daß seit dem Bestehen des Postfinanzgesetzes die Reichspost ihr Vermögen um 700 Millionen erhöht hat. Die Vortorbhöhung hat zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten nicht geführt. Die Rationalisierung des Betriebes hat seit 1920 dazu geführt, daß ohne stärkere Anspannung des Leistungsmahes der Beamten und bei großer Steigerung des Verkehrs doch das Personal um 98 000 Köpfe vermindert werden konnte. Ich lese Wert auf Arbeitsfreude beim Personal und wünsche keinen Rationement, sondern den Geist der Kameradschaft. Im Kraftpostwesen sehe ich keine Einnahmequelle, sondern eine gemeinnützige Beschäftigung. Die Verstaatlichung des Landbestellwesens wird jetzt durchgeführt.

Nach Ablehnung der kommunistischen Streichungsanträge wird auch das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Stimmen von drei anwesenden Kommunisten unter großer Mehrheit abgelehnt. Einmütig wird der Antrag Wollsch (Wirtsch. Vog.) auf Ermäßigung der Fernspreckgebühren für Weitaufreicher angenommen und der Etat in zweiter Lesung erledigt.

Rein „Marx“ nach Berlin.

München, 16. März. Der zur Untersuchung der politischen Vorgänge i. J. 1923 (Hitler-Putsch) eingesezte parlamentarische Untersuchungsausschuß hat heute seine Verhandlungen abgeschlossen. Der Ausschuß lehnte sämtliche Beweise, und Feststellungsanträge des Abg. Dr. Högl (Csu.) ab. In den Feststellungen über das Ergebnis der Ausfühverhandlungen heißt es u. a., es lasse sich nicht feststellen, daß im Oktober 1923 ein Bruch mit dem Reiches beabsichtigt war. Ein Beweis dafür, daß von bayerischen Behörden ein Marx nach Berlin geplant wurde, habe sich nicht ergeben. Wegen einer Beteiligung Kahrs, Loffows und Seifers an den hochverräterischen Wänen Hitlers lägen gerichtliche bzw. staatsanwaltliche Feststellungen vor. Der Untersuchungsausschuß glaube zu deren Nachprüfung nicht berufen zu sein, stelle aber fest, daß der Oberreichsanwalt seinerzeit seinem Antrage auf Erhebung der öffentlichen Klage gegen Kahrs, Loffow und Seifer wegen Hochverrats keine Folge gegeben habe. Wie bereits durch den Gerichtsverordnenden festgestellt worden sei, habe der ehemalige Kronprinz Rupprecht zu den hochverräterischen Vorgängen vom 18. und 19. November 1923 in keiner Beziehung gestanden.

Letzter Vorbed Reichstagskandidat.

Berlin, 16. März. Als Nachfolger des Großadmirals von Tirpitz, der nicht mehr zum Reichstags kandidieren wird, hat die Deutschnationale Volkspartei (DnVP) als Eigenkandidat für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben den General von Lettow-Vorbeck in Aussicht genommen.

Die Abrüstungskommission.

Washington, 16. März. Das Repräsentantenhaus hat in einem Zusatzantrag zum Kriegsschiffbau-programm den Präsidenten Coolidge ersucht, auf die Notwendigkeit einer neuen internationalen Konferenz zur Besprechung der Seeabrüstung hinzuweisen.

Der Zwischenfall von Malta.

Der Sog ist schuld?

Ueber die vom „C. B.“ gestern gebrachte Meldung von einer Meuterei von Seeoffizieren auf dem britischen Kriegsschiff „Royal Oak“ in Malta wird noch berichtet: Die Mittelmeerflotte sollte programmäßig Sonntag früh auslaufen. Wäber Erwarten wurden jedoch die Anker erst Montag morgen gelichtet. Kurz vorher war auf der „Royal Oak“ die Flagge niedergeholt worden. Das bedeutet, daß der Kommandant des Schiffes den Befehl niedergelegt hat. Nach den Morgenblättern sollen sich der Kommandant und mehrere Stabsoffiziere des Schiffes — es handelt sich um das Flaggschiff des Mittelmeer-Schlachtkreuzergeschwaders — geweinert haben, unter dem Befehl des Geschwader-Kommandanten, Admirals Collard, auszulaufen. Private Berichte aus Malta besagen, daß der Zwischenfall mehr mit dem gesellschaftlichen Leben auf dem Flaggschiff zu tun hatte, als mit dienstlichen Vorgängen und mit einer Meinungsverschiedenheit über einen Vorschlag begann, an Bord der „Royal Oak“ eine Jazzband-Kapelle einzurichten.

Berlin, 15. März. Der Reichsverkehrsminister empfing heute den Bund reisender Kaufleute im Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband. In der Besprechung wurde neben einer Reihe von verkehrstechnischen Fragen die stärkere Heranziehung des Bundes reisender Kaufleute im D. S. V. bei der Behandlung der Verkehrsprobleme erörtert.

Berlin, 16. März. Die Meldung eines Blattes über die bevorstehende Verheiratung des Prinzen Eitel Friedrich von Preußen mit der Witwe des Kammerjägers Josef Schwarz entspricht nicht den Tatsachen.

Berlin, 16. März. Drei Angehörige des Roten Frontkämpferbundes im Alter von 20 bis 22 Jahren wurden wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung zu 2 bis 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatten mit anderen Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes in Köpenick Stahlhelme überfallen, wobei auch ein Schutzpolizist eine Kopfverletzung erlitten hatte.

Karlsruhe (Reum.), 16. März. Die Gemeindeversammlung beschloß, alle Forderungen einzustellen und diesen Beschluß den zuständigen Behörden mitzuteilen. In Güstebiese wurde in einer Protestversammlung der Landwirte einstimmig beschlossen, alle Steuerzahlungen, mit Ausnahme der Gemeindesteuern, einzustellen.

Koburg, 16. März. Bei der Bundesleitung des „Wiking“ für Südbayern und Nordbayern wurde heute auf Veranlassung der bayerischen Regierung in den Wohnräumen des Fabrikanten Seidel und des Telephonobersekretärs Schübe, die als Führer des aufrechten Wikingers galten, Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es soll kein belastendes Material gefunden worden sein.

München, 16. März. Die Wahlen in Bayern werden gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfinden.

Genf, 16. März. Die Konferenz zur Abschaffung der Ausfuhrverbote auf Häute und Knochen ist nach Genehmigung der beiden Protokolle in zweiter Lesung heute beendet worden.

Ulm, 16. März. Die Finanzwache hat in der Gemeinde Crepoko an der jugoslawischen Grenze zehn Zentner Explosivstoffe und Sprengmaterial, die in einer Mühle verpackt waren, entdeckt.

Paris, 27. März. Havas meldet aus Straßburg, daß der Verkauf, die Verbreitung und Verteilung der Zeitung „Das neue Elfaß“ verboten worden sind. Die Zeitung war das Organ der fortschrittlichen Partei, die, wie Havas meint, immer deutlicher autonomistische Tendenzen gezeigt habe.

Derliche Angelegenheiten.

Vorlängzichau.

Noch scheint die höhere Pflanzenwelt im tiefen Winterschlaf zu liegen. Nakt und Nahl sehen noch Busch und Baum; noch keiner trägt ein grünes Blatt. Und doch bietet die Natur schon mancherlei Sehenswertes. Die Haselnußsträucher mit ihren schlanken, hellbraungrünen Blättern sind in den höheren Lagen noch über und über mit gelblichen Nähnchen behangen; in den Tälern und Niederungen haben sie an geschichteten Stellen vereinzelt schon Ende Januar, an rauheren Standorten im Laufe des Hornung geblüht, zur Freude aller Naturfreunde. Wie häufig ist doch unser Haselstrauch (Corylus Avellana) in den Laubwäldern und Buchenwäldern der Ebene und des Vorgebirges! Den Namen Corylus trug er schon im Altertum und der berühmte schwedische Naturforscher Carl Linné (geb. 1707 zu Roskult, gest. 1778 in Upsala), der Ordnung in die Nomenklatur der Gewächse brachte, ließ ihm diesen Namen. Den lateinischen Artnamen Avellana führt er nach der italienischen Stadt Avellino, wo er schon von den Römern häufig angebaut worden sein soll. Seine Früchte, die Haselnüsse, sind bekannt. Früher preßte man ein gutes Öl daraus. Aber auch sonst verwendete man Teile des Strauches. Die Stengel gaben Fasern, die Nohle wurde zu Wasserfarben und zum Schießpulver benutzt. Je mehr man von einer Pflanze weiß, um so größer wird das Interesse an ihr. So ermutigt der Anfang zur Winterwanderung in dem noch kahlen Laubwäldern. An einer etwas feuchten und grauen Stelle entdeckt man eine Gruppe fleckiger, weißer Blümchen, getragen von einem blattlosen Stengel, den grasartige, lange und schmale, aus der Wurzel kommende, unten in Scheiden eingefasste Blätter umgeben. Sind die sechs weißen Blütenblätter alle von ziemlich gleicher Größe und Gestalt, sodas sie zusammen eine kleine Glocke bilden, so haben wir die Frühlingstotblume (Leucolum vernum) gefunden, die wir um keinen Preis brechen dürfen. Sie ist in der freien Natur bei uns schon so selten geworden, daß sie in Gärten unter dem Schutz des Gases gestellt ist. Jede Beschädigung ist strafbar. Nicht hofen, sondern hüten sollen wir diese Penzertolde, schonen und schützen, aber nicht schänden, ist die Aufgabe wahrer Naturfreunde! Bisweilen findet man ganz ähnliche Blumen mit drei größeren, äußeren absteigenden Blütenblättern, während drei innere, kaum halb so lange und absteigend-